

Übersichten

Außenpolitik

* (1)

Die Reaktion Beijings auf den Putsch in Moskau

Siehe hierzu das Thema im vorliegenden Heft.

* (2)

Das chinesisch-japanische Verhältnis: Ministerpräsident Kaifu in Beijing

Mit dem wirtschaftlich so starken Japan betreibt die VR China Kontaktpflege auf allen Ebenen, sei es nun, daß Jugendreisen veranstaltet, daß Freundschaftsdelegationen ausgetauscht oder aber daß ehemalige Politiker eingeladen werden, die, wie man in China wohl weiß, auch nach ihrem offiziellen Rückzug hinter den Kulissen immer noch als graue Eminenzen weiterwirken: So kamen beispielsweise Anfang Mai 1991 gleich zwei ehemalige japanische Ministerpräsidenten, nämlich Nakasone und Takeshita, nach Beijing und führten dort Gespräche mit den Spitzenvertretern von Partei und Regierung (XNA, 3. und 4.5.91).

Aber auch die normalen diplomatischen Beziehungen wurden nicht vernachlässigt. So kam beispielsweise der chinesische Außenminister Qian Qichen am 26. und 27. Juni 1991 nach Tokyo und bedankte sich bei Japan u.a. dafür, daß es sich während der G-7-Konferenz vom 15. bis 17. Juli für die chinesische Sache verwendet habe. Sein japanischer Amtskollege Nakayama versicherte ihm, daß sich Japan als einziger asiatischer Staat unter den sieben Wirtschaftsgrößmächten selbstverständlich immer für die Interessen asiatischer Staaten einsetze.

Nakayama schlug seinem Amtskollegen vor, daß Japan und China bei der Hilfe für die Mongolei zusammenar-

beiten sollten. Beide Seiten sollten sich auch für Frieden und Stabilität in der asiatisch-pazifischen Region einsetzen und ihren gegenseitigen Informationsaustausch verstärken.

Qian lud während seines Besuchs im Namen der chinesischen Regierung den japanischen Kaiser Akihito und Kaiserin Michiko zu einem Chinabesuch i.J. 1992 ein - vielleicht zum 20. Jahrestag der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Tokyo und Beijing (XNA, 26. und 27.6.91).

Während Qians Japanbesuch forderte Nakayama die chinesische Seite auf, ihre Waffenlieferungen an die Khmers Rouges in Kambodscha einzustellen. Umgekehrt wolle Japan auf die SK-Regierung in Phnom Penh einwirken, sich an die Friedensvorschläge der UNO zu halten.

Vom 10. bis 13. August besuchte dann der japanische Ministerpräsident Toshiki Kaifu die VR China. Er war der erste Regierungschef unter den G-7-Staaten, der seit dem Massaker vom 4. Juni 1989 wieder chinesischen Boden betrat. Die Einladung für ihn war bereits vom Stellvertretenden chinesischen Ministerpräsidenten Wu Xueqian im Zusammenhang mit den Thronbesteigungsfeierlichkeiten Kaiser Akihitos im November 1990 ausgesprochen worden.

Li Peng meinte zu seinem Gast, daß die bilateralen Beziehungen sich seit ihrer Normalisierung i.J. 1972 reibungslos entwickelt hätten; nur nach 1989 habe es einige Rückschläge gegeben; inzwischen aber hätten sich die Wogen wieder abgeflaut.

Kaifu erklärte, daß die Freundschaft zu China stets ein Grundpfeiler der japanischen Außenpolitik gewesen sei. Das beiderseitige Verhältnis bedeute auch viel für die Stabilität und die Prosperität der asiatisch-pazifischen Region und der ganzen Welt.

Außerdem sei seit der Aufnahme der beiderseitigen Beziehungen vor nunmehr 19 Jahren das gemeinsame Handelsvolumen um das 20fache gewachsen.

Da die positive Beeinflussung der Jugend in beiden Ländern nach Meinung der beiden Regierungen ein Grundpfeiler des bilateralen Verhältnisses sein soll, trat Kaifu am 11. August auch im Chinesisch-Japanischen Zentrum für Jugendaustausch auf und hielt dort eine Rede. Japan wolle nie wieder eine Militärmacht werden und nie wieder Krieg führen, versicherte er dort.

Kaifu hatte während seines Flugs nach Beijing auch Gelegenheit, vom Flugzeug aus die schweren Flutschäden in Ostchina zu sehen.

Am 10. August, d.h. gleich zu Beginn der Gespräche mit Kaifu, erklärte Ministerpräsident Li Peng, daß China bereit sei, dem Atomwaffensperrvertrag beizutreten. Der japanische Ministerpräsident fühlte sich durch diese Erklärung geschmeichelt, weil eine Grundsatzentscheidung dieser Tragweite ausgerechnet in seiner Gegenwart bekanntgegeben wurde. Es handle sich hier um einen "epochalen Schritt Chinas zu dem gemeinsamen Ziel aller friedliebenden Völker, die Weitergabe von Atomwaffen zu verhindern", meinte er.

Japan ist das einzige Land der Welt, das Opfer eines Atomwaffenangriffs wurde und zeigt sich daher besonders sensibel in allen Fragen, die Atomwaffen angehen.

Was die vier Kurileninseln anbelangt, die die stalinistische Sowjetunion 1945 den Japanern abgenommen hat - in der chinesischen Terminologie als "nördliche Territorien" bezeichnet -, so hat sich am chinesischen Standpunkt, daß nämlich Moskau die Territorien an Japan zurückzugeben habe, nichts geändert. Dies zumindest betonte Außenminister Qian Qichen bei seinem Interview am 27. März 1991 (BRu 1991, Nr. 13, S. 15). Wie die Frage im einzelnen gelöst werde, sei eine sowjetisch-japanische Angelegenheit. Ob die Japaner Geld dafür zahlen sollen, sei ebenfalls eine Frage, die allein den beiden Parteien obliege.

Die Gesprächsergebnisse waren mager. Beide Seiten stimmten darin überein, daß (1) nach dem Golfkrieg sich

eine multipolare Welt entwickelt, daß (2) beide sich angesichts der sich schnell wandelnden internationalen Lage häufiger konsultieren sollten, daß (3) die UNO eine größere Rolle beim Aufbau einer neuen Weltordnung zu spielen habe, daß (4) beide Seiten den Antrag von Nord- und Südkorea auf Mitgliedschaft in die UNO begrüßten und daß (5) beide Seiten den Obersten Nationalrat von Kambodscha unterstützen wollten.

Höflich, aber unmißverständlich äußerte Kaifu den Wunsch, daß die chinesische Reform- und Öffnungspolitik weitergeführt werden solle, und daß die Reformen nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im politischen Bereich vorangetrieben werden sollten. Die internationale Gemeinschaft habe ein starkes Interesse an den Fragen der Demokratie und der Menschenrechte. Dieses Thema sei auch auf dem Londoner Gipfeltreffen der G-7 im Juli zur Sprache gekommen. Es sei von großer Bedeutung für China, sich mit diesen Fragen ernsthaft auseinanderzusetzen.

Li Peng erwiderte, daß Demokratisierung und Menschenrechte weiterhin im chinesischen Blickwinkel blieben, daß sie jedoch nicht ohne die Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse in China betrachtet werden dürften. Für ein Entwicklungsland wie China sei die Frage der Menschenrechte in erster Linie eine Frage der Partizipation des einzelnen an den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritten.

Während seines Besuchs legte Kaifu auf dem Tiananmen-Platz einen Kranz nieder: Dies geschah zwar vor dem "Denkmal der Helden der Revolution", geschah symbolisch offensichtlich aber auch zum Gedenken an die Opfer des Massakers vom 4. Juni 1989. Es hat wohl niemanden gegeben, der diese Absicht nicht mitgelesen hätte! (XNA, 10., 11., 12., 13. und 14.8.91)

Doch mit dem "Massaker" und den Menschenrechten ist es so eine Sache, in der die Chinesen am wenigsten von den Japanern ermahnt sein möchten.

Bereits im Vorfeld des Besuchs von Kaifu hatte die chinesische Presse das "Massaker von Nanjing" i.J. 1937 erneut aufs Korn genommen und dabei u.a. auch Niederschriften eines dama-

ligen deutschen Beobachters unterbreitet. Damit sollte das schlechte Gewissen der Japaner wachgerufen werden.

Da nützt es auch wenig, daß inzwischen neue Lehrbücher für Gemeinschaftskunde in Japan herausgekommen sind, die den Angriff der Japaner auf die Staaten Südostasiens sowie auf China etwas konkreter darstellen. Zwei der acht neuen Lehrbücher enthalten Angaben über die Zahl der chinesischen Zivilisten, die in Nanjing durch japanische Truppen ermordet wurden. Immerhin zeigte sich die chinesische Seite über diese Verbesserung einigermaßen befriedigt (dazu XNA, 1.7.91).

Im April hatte überdies ein Abgeordneter namens Tong Zeng bei der 4. Tagung des VII. NVK eine Petition eingereicht, in der Entschädigungen für die von Japan während des Zweiten Weltkriegs verursachten Kriegsschäden verlangt werden. Mindestens 30 weitere Abgeordnete unterstützten dieses Begehren. Japan habe Schäden von rd. 300 Mrd. US\$ verursacht. Davon solle es wenigstens 180 Mrd. an die VR China zahlen (Text in Ming Pao, 15.4.91; Kyodo in SWB, 13.4.91).

Immer wieder auch äußert sich die chinesische Führung zum "Militarismus Japans", so zuletzt wieder Außenminister Qian Qichen (BRu 1991, Nr. 13, S. 32). Wörtlich: "Seit Ende des Zweiten Weltkriegs wurde der Militarismus vom japanischen Volk geächtet. Man kann jedoch nicht an der Tatsache vorbeisehen, daß eine kleine Minderheit immer wieder bei verschiedenen Gelegenheiten auf jede erdenkliche Weise versucht, das historische Verbrechen des japanischen Militarismus zu negieren und über die Grenze der Selbstverteidigung hinaus die Rüstung auszubauen. China und Japan müssen sich vor dieser militaristischen Tendenz hüten."

Freimütig sprach Kaifu bei seinem Treffen mit Jiang Zemin auch die Quantität und die Qualität der chinesischen Waffenexporte an. U.a. bekräftigte er den japanischen Standpunkt, daß Tokyos Wirtschaftshilfe an Entwicklungsländer von deren Waffenexportpolitik und von ihrer Menschenrechtspolitik abhängig gemacht werde.

Die chinesische Seite zeigte für Kaifus Ausführungen "Verständnis". Dabei freilich bleibt es auch. In der Realität

nämlich geht die Verfolgung politisch Andersdenkender weiter, betreibt China auch eine von Jahr zu Jahr sich ausweitende Waffenexportpolitik und wird möglicherweise auch den Khmers Rouges in Kambodscha weiter durch chinesische Lieferungen der Rücken gestärkt.

Wichtiger freilich als die Einzelheiten war die "Rückkehr zur Normalität". Die beiderseitigen Beziehungen beruheten, wie die chinesische Seite betonte, auf zwei historischen Dokumenten, nämlich der "Chinesisch-Japanischen Gemeinsamen Erklärung" und dem "Vertrag zwischen China und Japan über Frieden und Freundschaft" von 1972. Beide Dokumente hätten in den vergangenen Jahren eine bedeutsame Rolle gespielt und könnten sie auch in Zukunft wieder spielen.

Darüber hinaus lud Kaifu 1.000 chinesische Jugendliche zu Japanbesuchen in den nächsten fünf Jahren ein (XNA, 10.8.91).

Immer wieder betonten die chinesischen Gesprächspartner, daß sich mit dem Besuch Kaifus die beiderseitigen Beziehungen "renormalisiert" hätten. Sowohl Staatspräsident Yang Shangkun als auch Ministerpräsident Li Peng und Parteichef Jiang Zemin trafen diese Feststellung. Darin auch liege die eigentliche Bedeutung der Visite Kaifus.

Immer wieder auch wies die chinesische Presse auf Kaifus Bemerkung hin, daß "China nicht isoliert werden soll" (z.B. XNA, 13.8.91), daß ein "neuer Beginn" zu verzeichnen (XNA, 14.8.91) und daß es zu einer "umfassenden Wiederherstellung der chinesisch-japanischen Beziehungen" (XNA, 13.8.91) gekommen sei.

Kaifu reiste im Anschluß an seinen Beijing-Aufenthalt weiter in die Mongolische Volksrepublik.

Die Rechnung Deng Xiaopings, daß nämlich die Industriemächte nach einer Anstandspause wieder zu Kreuze kriechen würden, ist aufgegangen. Kaifus wichtigste Themen, wie z.B. eine gemeinsame Regionalpolitik, die Einhaltung der Menschenrechte und die Einschränkung von Waffenexporten sind von den Chinesen lediglich höflich zur Kenntnis genommen worden. Von einer koordinierten Kambodscha- oder

Mongolei-Politik kann nicht die Rede sein, und von einer Einschränkung seiner gewinnbringenden Waffenexporte will China schon gar nichts wissen. Innenpolitisch geht außerdem die Verfolgung von Personen weiter, die es wagen, an den "Vier Grundprinzipien" auch nur die geringste Kritik zu üben. Auch ist bekannt, daß Deng Xiaoping die Parole ausgegeben hat, daß künftige Unruhen sofort wieder unterdrückt werden sollen (dazu C.a., Juli 1991, Ü 8). Zunächst müsse die Armee eingesetzt werden und dann erst solle das "politische Zeremoniell" folgen, nämlich die Abstimmung im Politbüro.

Wenn Beijing den Besuch Kaifus als "vollen Erfolg" bezeichnet, so ist dies allenfalls aus Sicht der chinesischen Regierung zutreffend.

Der Westen beginnt in der Tat zu Kreuze zu kriechen.

Der wahre Hintergrund des Kaifu-Besuchs war wirtschaftlicher Art.

Zwei Tage vor dem Besuch Kaifus hatte der japanische Elektronikkonzern Toshiba angekündigt, daß er in Dalian (Provinz Liaoning) ein Werk von 10 Mrd. ¥ errichten wolle, in dem rd. 1.000 chinesische Arbeiter beschäftigt werden sollen. Diese Ankündigung, die von weiteren Erklärungen aus japanischen Wirtschaftskreisen flankiert waren, warf ein bezeichnendes Licht auf den Kaifu-Besuch.

Längst auch gewährt Japan wieder umfangreiche Regierungskredite. Am 21. Dezember 1990 beispielsweise war ein solcher Kredit in Höhe von 42,6 Mrd. für Projekte in Shenzhen, für den Aufbau der Infrastruktur auf der Insel Hainan und in neun weiteren Provinzen eingeräumt worden. Inzwischen ist auch ein dritter Kredit in Höhe von 810 Mrd. ¥ für den Ausbau von 42 Projekten in den nächsten 5 Jahren unterzeichnet worden.

Im Dezember 1990 auch war ein neues bilaterales Handelsabkommen unterzeichnet worden, das den alten, bis dahin 13 Jahre alten Vertrag ablöste und eine Exportsteigerung für chinesische Kohle und die Lieferung von Rohöl an Japan vorsieht. Japan umgekehrt soll mehr technische Ausrüstungen an China liefern. Zwischen 1978 und Ende 1990 hatte China 110 Mio.t Rohöl und 38 Mio.t Kohle im Werte von rd.

20 Mrd.US\$ an Japan geliefert und dafür technische Anlagen im Werte von über 10 Mrd.US\$ bezogen. -we-

***(3) "Eine 5-Nationen-Allianz"?**

Bei einer Rede im "Februar oder März" 1991 soll Deng Xiaoping ausgeführt haben, daß die VR China darauf hinarbeiten wolle, mit "freundlichen sino-sowjetischen Beziehungen im Mittelpunkt" einen neuen sozialistischen Allianzring aufzubauen, der aus fünf Staaten bestehe, nämlich China, der UdSSR, Nordkorea, der Mongolei und Vietnam (Zhengming, 1.6.91). Näheres dazu ist im Thema zur Sowjetunion in diesem Heft ausgeführt. Nachdem der Putsch in der UdSSR gescheitert und die KPdSU in der Russischen Föderativen Republik verboten wurde, dürften Pläne dieser Art allerdings der Boden entzogen sein. -we-

***(4) Deng Xiaoping über "vier heiße Probleme" der chinesischen Außenpolitik**

Am Vorabend der Reise von KPCh-Generalsekretär Jiang Zemin in die Sowjetunion (dazu C.a., Juni 1991, Ü 1) lud Deng Xiaoping zu einer Gesprächsrunde ein, an der Jiang Zemin, Staatspräsident Yang Shangkun, Li Peng, Qiao Shi und Wan Li teilnahmen und bei der er mehrere "Ratschläge" erteilte (Jingbao, Hongkong, in SWB, 6.6.91).

(1) Das Verhältnis Chinas zur UdSSR: Die VRCh wird nicht im Bündnis mit der UdSSR gegen die USA antreten. Sie wird nicht die Rolle einer "diplomatischen Karte" spielen. In der gegenwärtigen schwierigen Situation der UdSSR sollte China dem Land allerdings Wirtschaftshilfe anbieten. Diese Hilfe könne als "Anerkennung" an das sowjetische Volk und an die KPdSU betrachtet werden für all die Hilfe, die China während des Befreiungskriegs und während des Aufbaus in den 50er Jahren von der Sowjetunion erhalten hat.

Eine gemeinsame sino-sowjetische Front gegen die USA komme keinesfalls in Betracht, da sich die Beziehungen zwischen Beijing und Washington im großen und ganzen seit über einem Jahrzehnt auf "stabile und gesunde

Weise entwickelten". Unter allen Umständen sei Einmischung in innere Angelegenheiten zu vermeiden. Ein wichtiger Grund für die Verschlechterung der sino-sowjetischen Beziehungen in den 60er Jahren sei die Einmischung der UdSSR in "unsere inneren Angelegenheiten" gewesen.

(2) Die "zweite heiße Frage" beziehe sich auf die asiatischen Nachbarstaaten: Von Japan erhoffe man sich "freundschaftliche Beziehungen über Generationen". Selbstverständlich sei es unmöglich, daß der Haß des chinesischen Volkes gegen das Unrecht, das die japanischen Besatzer jahrelang angerichtet hätten, über Nacht verschwinde. Doch davon abgesehen müsse man in größeren historischen Dimensionen denken und vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet konstruktiv zusammenarbeiten.

Was Vietnam anbelange, so beginne das bilaterale Verhältnis sich wieder zu bessern, doch sollten die Vietnamesen vor allem in der Kambodscha-Frage endlich schneller und großzügiger vorschreiten. Im übrigen habe China den gemeinsamen Kampf gegen die Aggressoren in der Vergangenheit nicht vergessen.

In den chinesisch-indischen Beziehungen habe es leider immer noch keine entscheidenden Fortschritte gegeben, vor allem was die Grenzfrage betrifft. Die Sache solle weiterhin geduldig beraten werden, doch könne China nicht ewig und drei Tage Zugeständnisse machen. Beide Seiten sollten die historischen Ergebnisse berücksichtigen und bedenken, daß viele der Schwierigkeiten durch die früheren Kolonialisten geschaffen worden seien.

(3) Die dritte "heiße Frage" betrifft das Verhältnis Chinas zu West- und Osteuropa. Seit den 60er Jahren wünsche sich China ein starkes unabhängiges vereintes Westeuropa, das in internationalen Angelegenheiten eine positive Rolle spielen könne.

In Osteuropa habe sich die Situation während der vergangenen zwei Jahre grundlegend gewandelt. Da es sich bei diesen Vorgängen um innere Angelegenheiten handle, könne China keine offene Stellungnahme dazu abgeben. Nur soviel sei erwähnt, daß die chinesische Regierung die Wahl der Völker Osteuropas respektieren müsse. Bei-

jing werde sich bemühen, mit diesen Ländern und ihren Völkern freundliche Beziehungen zu entwickeln und aufrechtzuerhalten.

(4) Die vierte "heiße Frage" betreffe das Verhältnis Chinas zu Korea, Israel und Südafrika.

Gegenüber Südkorea sollten wirtschaftliche und Nicht-Regierungs-Kontakte entwickelt werden; mit formellen "diplomatischen Beziehungen" müsse man sich Zeit lassen. Dies sei ein "Grundprinzip". Ferner müsse China weiterhin darauf bestehen, daß die ausländischen Truppen aus Südkorea abgezogen würden. China wolle auch alles unternehmen, um eine friedliche Wiedervereinigung Koreas herbeizuführen.

Was Israel anbelangt, so solle dieser Staat sobald wie möglich diplomatisch anerkannt werden, wie dies beim Staat von Palästina ja bereits geschehen sei. Man solle nicht vergessen, daß bei allen bisherigen Streitigkeiten vor der UNO Israel stets für die VRCh gestimmt habe. Vielleicht komme es zum Austausch diplomatischer Beziehungen schon im Laufe des Jahres 1991.

Auch mit Südafrika wolle China seine Beziehungen verbessern, sobald dort klare Verhältnisse in der Apartheidpolitik geschaffen seien. -we-

* (5)

Applaus für den gesonderten Beitritt der beiden koreanischen Staaten zur UNO

Am 17. September wurden die beiden koreanischen Staaten als zwei neue Mitglieder in die UNO aufgenommen. China begrüßte diesen Schritt und wies darauf hin, daß es das Verdienst des nordkoreanischen Präsidenten Kim Ilson gewesen sei, diese Lösung herbeizuführen. Er habe den Vorschlag "Eine Nation, ein Land, zwei Systeme, zwei Regierungen" gemacht, damit die Wiedervereinigung auf der Basis eines föderativen Systems verwirklicht werden könne (dazu Ministerpräsident Li Peng in einem Interview, XNA, 14.6.91).

Mit Südkorea wolle man einstweilen nur nichtoffizielle und kommerzielle Beziehungen unterhalten. Die Frage

einer diplomatischen Anerkennung Koreas stehe einstweilen nicht zur Diskussion.

Auch Taiwan hatte einen auf China bezogenen Wiedervereinigungsvorschlag gemacht, der den Vorstellungen Kim Ilsons nahekommt. So begeistert sich Beijing über den Vorschlag Kims zeigte, so ablehnend verhielt es sich andererseits gegenüber der vergleichbaren Idee Taibais: Von zwei Regierungen könne in China auf keinen Fall die Rede sein, sondern lediglich von "zwei Systemen" innerhalb "eines Landes". In Taiwan gebe es leider immer noch "gewisse Leute, die nach einem unabhängigen politischen Gebilde strebten, das der Zentralregierung gleichgestellt sein soll, so daß dann ein Zustand hergestellt würde, der auf die Formel "Ein China, zwei Regierungen" gebracht werden könne. Letztlich gehe es damit um die Errichtung von "zwei China" oder von "einem China und einem Taiwan"; eine solche Lösung aber sei für Beijing und das chinesische Volk inakzeptabel. -we-

Innenpolitik

*(6)

28 von 30 Provinzeinheiten von Naturkatastrophen betroffen: Verheerende Schäden durch Überschwemmungen

28 von 30 Provinzeinheiten wurden bis Ende Juli in diesem Jahr von Naturkatastrophen in unterschiedlichem Ausmaß betroffen, berichtete die Nachrichtenagentur *Xinhua* am 24. August (XNA, 25.8.91). Allein durch Überschwemmungen wurden 220 Mio. Menschen betroffen, von denen 2.295 den Tod fanden und rund 50.000 verletzt wurden. Die wirtschaftlichen Verluste beliefen sich bis zum 1. August auf insgesamt 68,5 Mrd. Yuan RMB. Anderen offiziellen Angaben zufolge wurden insgesamt 19,3 Mio. Menschen in sehr schwerwiegendem Ausmaß von den Fluten geschädigt. Hierbei handelt es sich wahrscheinlich um die Bewohner der 2,9 Mio. zerstörten Häuser, die nun obdachlos sind (ebenda; CNA, 1.9.91, S. 5).

Die weitaus größten Schäden verursachte die verheerende Überschwemmungskatastrophe, die Ende Mai einsetzte und 18 Provinzen heimsuchte, darunter vor allem Anhui, Jiangsu, Hubei, Sichuan, Henan und Guizhou. Allein in diesen sechs Provinzen wurden 182 Mio. Menschen von den Fluten betroffen, von denen 1.758 den Tod fanden und 46.133 verletzt wurden. Dort wurden 35,56% der landwirtschaftlichen Anbauflächen überschwemmt, während es landesweit 13,59% waren (nach CNA, 1.9.91, S. 5). (Siehe auch C.a., Juni 1991, Ü 25; C.a., Juli 1991, Ü 38).

Die oben genannten Zahlenangaben sind jedoch vorläufig und wahrscheinlich unvollständig. Dies geht auch aus Zahlen hervor, die in zwei Hongkonger Zeitschriften unter Berufung auf interne Dokumente veröffentlicht wurden:

Zhengming zufolge sollen in einem internen Bericht des ZK-Hauptbüros vom 15. Juli folgende Angaben enthalten sein:

- 230 Mio. von den Überschwemmungen betroffene Personen;
- über 80 Mio. obdachlos gewordene Menschen;
- annähernd 100.000 Tote, Verletzte und Vermißte (Stand vom 12.7.; am 8.7. waren es noch 55.000);
- 45 Mrd. Yuan RMB wirtschaftliche Schäden. (Nach *Zhengming*, August 1991, S. 6)

Dongxiang zufolge sollen in einem internen Bericht des Staatsrats vom 30. Juli folgende Angaben enthalten sein:

- Rund 200 Mio. von den Überschwemmungen betroffene Personen;
- über 40 Mio. besonders schwerwiegend geschädigte Personen;
- über 8 Mio. Personen, die ihre Heimorte verlassen haben und in benachbarte Städte geflüchtet sind;
- 800.000 vermißte, erkrankte, verletzte und verstorbene Personen;
- 140 Mrd. Yuan RMB wirtschaftliche Schäden. (Nach *Dongxiang*, August 1991, S. 11)

-sch-